Gemeinde Müssen

Beschlussvorlage

Bearbeiter/in:

Petra Rempf

Beratungsreihenfolge:

Gremium

Gemeindevertretung Müssen

Datum

14.12.2017

TOP 15

Bebauungsplan Nr. 12 für das Gebiet: „Nördlich der Büchener Straße, östlich der Bergstraße,, im beschleunigten Verfahren gem. § 13b BauGB, hier: Aufstellungsbeschluss

Beratung:

Für das Grundstück nördlich der Büchener Straße zwischen den Hausnummern 3 und 5, Flurstück 181/66 wurde Anfang des Jahres 2016 von dem Grundeigentümer eine Bauvoranfrage für die Errichtung von 2 Wohnhäusern für die Unterbringung von Flüchtlingen gestellt. Dieser wurde von der Bauaufsicht RZ positiv beschieden. Ende des Jahres 2016 wurde ein Bauantrag für die Errichtung von 2 Mehrfamilienhäusern mit je 12 Wohneinheiten für den öffentlich geförderten Wohnungsbau gestellt. Hierzu wurde von der Bauaufsicht in RZ keine Genehmigung in Aussicht gestellt. Zur Umsetzung der Planungsabsichten ist es erforderlich, einen verbindlichen Bebauungsplan aufzustellen. Der Bebauungsplan kann im beschleunigten Verfahren gem. § 13b BauGB unter Einbeziehung von Außenbereichsflächen in das beschleunigte Verfahren aufgestellt werden. Die Bauleitplanungskosten sind von dem Grundeigentümer zu übernehmen, hierzu wird zwischen der Gemeinde und dem Grundeigentümer ein städtebaulicher Vertrag zur Kostenübernahme geschlossen.

Beschlussempfehlung:

1. Für das Gebiet: „Nördlich der Büchener Straße, östlich der Bergstraße“ wird der Bebauungsplan Nr. 12, gemäß § 13b BauGB unter Einbeziehung von Außenbereichsflächen in das beschleunigte Verfahren, aufgestellt. Folgende Planungsziele werden verfolgt: Ausweisung einer Wohnbaufläche zur Errichtung von öffentlich gefördertem Wohnraum.

Die genaue Gebietsabgrenzung ergibt sich aus dem zu diesem Beschluss gehörenden Übersichtsplan.

2. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen (§ 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB).

3. Mit der Ausarbeitung des Planentwurfes und der Begründung soll das Büro GSP, Paperberg 4, 23843 Bad Oldesloe beauftragt werden. Mit der Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange soll ebenfalls das Büro GSP, Paperberg 4, 23843 Bad Oldesloe beauftragt werden.
4. Die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit mit der Erörterung über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB soll in Form einer öffentlichen Auslegung für die Dauer von zwei Wochen durchgeführt werden.
5. Gemäß § 13 (3) BauGB i.V. mit § 13b (2) BauGB wird im vereinfachten Verfahren von der Umweltprüfung nach § 2 (4) BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB und von der Angabe nach § 3(2) BauGB, welche Arten umweltbezogener Information verfügbar sind, abgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Anzahl der Gemeindevertreter/innen	Davon anwesend	Dafür	Dagegen	Stimmenthaltung

Bemerkung:

Aufgrund des § 22 GO waren keine / folgende Vertreter der Gemeindevertreter/innen von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen; sie waren weder bei der Beratung noch bei der Abstimmung anwesend: